



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 31/19 • 05.09.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

die Sommerpause, in der in Brüssel traditionell keine offiziellen Sitzungen oder Tagungen der Europäischen Institutionen stattfinden, ist vorbei und die Landesvertretung Sachsen-Anhalt bei der EU meldet sich mit einer aktuellen Ausgabe des EU-Wochenspiegels bei Ihnen zurück.

Neben der aktuellen Ausgabe finden Sie im Anhang diesmal zusätzlich eine alte Ausgabe. Im September 1999 erschien die erste Ausgabe des Wochenspiegels. Damals noch in den Kinderschuhen, hat sich dieser Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit in den vergangenen Jahren weiterentwickelt und wurde dem einen oder anderen „Facelifting“ unterzogen. Der Leserkreis hat sich stetig erweitert und beschränkt sich nicht nur auf die heute knapp 3.000,- Direktabonnenten, sondern wird ergänzt durch viele Interessierte, die ihn sich im Internet ansehen.

Vielleicht machen Sie sich den Spaß und sehen sich an, was im September 1999 die Top-Themen der Woche in Brüssel und auch bei uns (damals noch Verbindungsbüro) waren.

Wir möchten Ihnen herzlich für Ihr Interesse und Ihre Treue danken und freuen uns darauf, Sie weiter mit den aktuellen News zu versorgen.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
VERTEILUNG

VERTEILUNG



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäische Kommission – Personalia	
• Europäische Kommission – Antidumpingzölle auf Fahrräder aus China verlängert	
• Europäische Kommission – Ausgewogene Fangquoten für die Ostsee für 2020	
• Europäische Kommission – Meinungen zum Schutz vertraulicher Informationen an nationalen Gerichten	
• Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission öffnet Labors von Weltrang für Forscher	
• Eurobarometer-Umfrage - Höchste Zustimmungswerte zur EU seit fünf Jahren	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	10
• Praktischer Rat für öffentliche Auftraggeber zu Teilnahme von Bieter*innen aus Drittländern am EU-Beschaffungsmarkt	
• EU fördert 73 Jungwissenschaftler aus Deutschland	
• Gesundes Essen zum Schulstart: Schüler erhalten Milch, Obst und Gemüse dank EU-Programm	
• EU kündigt Rekordsumme von 550 Mio. Euro an, um 16 Millionen Menschen vor AIDS, Tuberkulose und Malaria zu retten	
• 200 Millionen Arbeitnehmer in der EU profitieren von neuen EU-Regeln für bessere Mindestschutzstandards	
• EU und USA einigen sich über Importmengen für hormonfreies Rindfleisch	
• Potential der Natur nutzen: Kommission veröffentlicht Leitlinien für Planer, Politik und Wirtschaft	
• Urheberrecht - EU-Kommission lädt zu Dialog über Anwendung von Artikel 17	
• Supercomputer: Europäisches Unternehmen für Hochleistungsinformatik startet erste Ausschreibungen	
<u>Was, wann, wo</u>	19
• EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt begleitete europäisches Partnertreffen im Landkreis Harz	
• Kooperationsbörse Industrial Bridge in Szczecin	
• 70.000 kulturelle Veranstaltungen an den Europäischen Tagen des kulturellen Erbes 2019	
• Filmfestspiele in Venedig - Vier vom EU-Programm MEDIA unterstützte Filme konkurrieren um den Goldenen Löwen	
<u>Ausschreibungen</u>	23
• KOM – Beiträge für europäische politische Parteien und Stiftungen	
• KOM – Altiero-Spinelli-Preis 2019	
• Cedefop – ReferNet	
• EU-Kommission sucht eHealth-Experten für Digitalisierung des Gesundheitswesens in der EU	
• Übersetzungswettbewerb für Schulen 2019 gestartet	
<u>Kontaktbörse</u>	26
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	29
• Neu in der LV - Heike Zembrod, Hospitantin	
• Neu in der LV - Jana Koch, Praktikantin	
• Neu in der LV - Sophia Neumann, Praktikantin	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	34
<u>Impressum</u>	35



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission – Personalia



© EuK/APA-Fotoservice/Tanzer

Die Europäische Kommission hat am 24. Juli Jörg Wojahn zum neuen Leiter der Kommissionsvertretung in Berlin ernannt. Er übernahm sein neues Amt am 1. September 2019. Jörg Wojahn tritt die Nachfolge von Richard Kühnel an, der zum Direktor in der Generaldirektion „Kommunikation“ ernannt wurde und zum 1. September 2019 nach Brüssel wechselte. Der aus Deutschland stammende Jörg Wojahn leitet derzeit die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich.

Richard Kühnel leitet künftig das Direktorat „Repräsentation und Kommunikation in den Mitgliedstaaten“. Das Direktorat gehört mit vier Abteilungen in Brüssel, die sich mit Strategie, politischer Berichterstattung, Bürgerdialogen und Netzwerken befassen, sowie 28 Vertretungen und 9 Regionalvertretungen in allen Mitgliedstaaten zu den größten in der Kommission.

Kühnel, der aus Österreich stammt, war seit 2014 Vertreter der Kommission in Deutschland. Kühnels Nachfolger Wojahn ist ein erfahrener Kommunikator, Diplomat und ein ausgewiesener Experte in internationalen Beziehungen. In seiner 20-jährigen Berufslaufbahn, insbesondere als Sprecher des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) sowie als Journalist und Mitglied des Brüsseler Pressekorps, erwarb er vertiefte Management- und Kommunikationserfahrung. Die Promotion in Völkerrecht erlangte er an der Universität Kiel. Zuvor studierte er Rechtswissenschaften an den Universitäten Passau und Santiago de Compostela. Nach seiner Zeit als Rechtsreferendar am Landgericht Baden-Baden wandte er sich als Außenpolitikredakteur bzw. als EU- und NATO-Korrespondent für die österreichische Tageszeitung *Der Standard* zunächst in Wien, dann in Brüssel, dem Journalismus und der Kommunikation zu.

Seit 2004 ist Jörg Wojahn für die EU-Kommission tätig. Er begann als Sprecher des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung. 2010 wurde er an die EU-Delegation für Saudi-Arabien, Oman, Kuwait, Katar und Bahrain in Riad entsandt, wo er als Botschaftsrat für die handelspolitischen Beziehungen zu den Golfstaaten verantwortlich war. Im September 2015 übernahm er die Leitung der EU-Kommissionsvertretung in Wien.

Die Europäische Kommission unterhält Vertretungen in allen EU-Mitgliedstaaten sowie Regionalbüros in Barcelona, Belfast, Bonn, Breslau, Cardiff, Edinburgh, Marseille, Mailand und München. Die Vertretungen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sind der Kommission Auge, Ohr und Stimme zugleich. Sie stehen in engem Kontakt zu den Behörden und Interessenträgern vor Ort und informieren Medien und Öffentlichkeit über die EU-Politik. In umgekehrter Richtung halten die Vertretungen die zentralen Dienststellen der Kommission über wichtige Entwicklungen in den Mitgliedstaaten auf dem Laufenden. Seit Amtsantritt der Kommission Juncker werden die Leiterinnen und Leiter der Vertretungen vom Präsidenten ernannt und als seine politischen Vertreter in die jeweiligen Mitgliedstaaten entsandt.

• *eag* Quelle: PM KOM



Europäische Kommission – Antidumpingzölle auf Fahrräder aus China verlängert

Die Europäische Kommission hat am 29. August Antidumpingzölle auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China verlängert. Fahrräder, die aus Indonesien, Malaysia, Sri Lanka, Tunesien, Kambodscha, Pakistan und den Philippinen eingeführt werden, fallen ebenfalls unter diese Maßnahmen, nachdem frühere Untersuchungen ergeben hatten, dass chinesische Fahrräder durch diese Länder kamen, um dann in die EU ausgeführt zu werden.

Die Antidumpingmaßnahmen wurden 1993 eingeführt und seitdem mehrmals verlängert. Die Antidumpingzölle belaufen sich auf bis zu 48,5 Prozent. Die im letzten Jahr eingeleitete Überprüfung ergab, dass bei einem Außerkräfttreten der Maßnahmen ein Anhalten des Dumpings und ein erneutes Auftreten der Schädigung sehr wahrscheinlich ist.

Die Fahrradindustrie in der EU produziert jedes Jahr über 11 Millionen Fahrräder in 22 Mitgliedstaaten. Sie besteht aus rund 400 Unternehmen, hauptsächlich KMU, und beschäftigte im Untersuchungszeitraum der Überprüfung direkt und indirekt rund 100 000 Personen in der EU.

Die europäische Gewerkschaft IndustriAll, ein Zusammenschluss unabhängiger Gewerkschaften, die Arbeiter und Angestellte in verschiedenen Wirtschaftszweigen vertreten, sprach sich für die Aufrechterhaltung der Maßnahmen aus. Sie wandte ein, dass die Verlängerung der Antidumpingzölle das Wachstum dieses Wirtschaftszweigs stärken würden, der in fünf Jahren insgesamt 200.000 Menschen beschäftigen dürfte und dem Wirtschaftszweig ermöglichen würden, die strategischen Herausforderungen der Umwandlung von Fahrrädern in Smart Bikes oder der Organisation einer Kreislaufwirtschaft für Fahrräder (Recycling, Wiederverwendung, Wiederaufbereitung) anzugehen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 29.08.2019](#)

[Die Ankündigung im Amtsblatt der EU](#)

[Antidumping - und Antisubventionsmaßnahmen](#)

[Die Handelspolitik der EU](#)

Europäische Kommission – Ausgewogene Fangquoten für die Ostsee für 2020



Die EU-Kommission hat am 30. August ihren Vorschlag für Fangquoten in der Ostsee für das Jahr 2020 vorgelegt. Darin schlägt die Kommission eine Erhöhung der Fangmöglichkeiten für Hering im Golf von Riga und eine unveränderte Fangquote für Lachs im Finnischen Meerbusen vor. Für die übrigen Bestände (Hering, Scholle, Sprotte, Dorsch aus dem östlichen und westlichen Ostseeraum) ist eine Verringerung der Fangmengen vorgesehen.

Die vorgeschlagenen zulässigen Gesamtfangmengen (TAC) basieren auf wissenschaftlichen Gutachten [des Internationalen Rates zur Erforschung der Meere](#) und folgen dem mehrjährigen Bewirtschaftungsplan für die Ostsee, der 2016 vom Rat und vom Europäischen Parlament angenommen wurde. Durch gemeinsame Anstrengungen der Beteiligten ist es in den letzten Jahren gelungen, wichtige Bestände in der Ostsee wieder aufzubauen und damit,



bei Vorliegen vollständiger wissenschaftlicher Gutachten, 7 von 8 TAC im Einklang mit dem Grundsatz des höchstmöglichen Dauerertrags, der 95 Prozent der angelandeten Fischanlandungen abdeckt, zugelassen werden können.

Wissenschaftler haben jedoch kürzlich festgestellt, dass die Situation weniger stabil war als bisher angenommen. Daher sind entschlossene Maßnahmen erforderlich, um sicherzustellen, dass alle Bestände auf einem Niveau liegen, das eine nachhaltige Nutzung ermöglicht. Der Rat wird nun den Vorschlag der Kommission prüfen, damit er am 14. und 15. Oktober angenommen werden kann. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 30.08.2019](#)

[Die Website der Generaldirektion MARE](#)

Europäische Kommission – Meinungen zum Schutz vertraulicher Informationen an nationalen Gerichten

Die Europäische Kommission fordert zu Stellungnahmen zum Entwurf einer Mitteilung auf, mit der die nationalen Gerichte bei der Handhabung von vertrauliche Informationen betreffenden Offenlegungsanträgen im Rahmen von Verfahren zur zivilrechtlichen Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts unterstützt werden sollen. Stellungnahmen werden **bis zum 18. Oktober 2019** entgegengenommen.

Dank der [Richtlinie über Schadensersatzklagen](#) wegen Kartellrechtsverstößen können Bürger und Unternehmen leichter Schadensersatzansprüche geltend machen, wenn sie durch einen Verstoß gegen die EU-Kartellvorschriften geschädigt werden.

In diesen Fällen wird bei nationalen Gerichten häufig die Offenlegung von Beweismitteln beantragt, die vertrauliche Informationen enthalten. Gemäß dieser Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass ihre Gerichte die Offenlegung dieser Beweismittel anordnen können, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind. Die Mitgliedstaaten müssen jedoch ebenfalls gewährleisten, dass die Gerichte über wirksame Mittel zum Schutz vertraulicher Informationen verfügen.

Die Rechtslage in Bezug auf die Offenlegung und den Schutz von vertraulichen Informationen kann sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat erheblich unterscheiden. In solchen Verfahren kommt es erheblich darauf an, dass die Gerichte die richtige Abwägung zwischen dem Recht der Kläger auf Offenlegung von Informationen und dem Recht der Inhaber solcher Informationen auf Vertraulichkeitsschutz treffen.

Um die Gerichte bei dieser Abwägung zu unterstützen, hat die Kommission einen Mitteilungsentwurf mit praktischen Orientierungshilfen betreffend wirksame Schutzmaßnahmen, wie die spezifischen Einzelfallumstände oder die Art und den Vertraulichkeitsgrad der offenzulegenden Informationen veröffentlicht.

In diesem Entwurf werden eine Reihe von Wegen beschrieben, wie sachdienliche Informationen bei gleichzeitigem Vertraulichkeitsschutz offengelegt werden können, und Beurteilungskriterien vorgestellt, anhand derer Gerichte abwägen können, welcher Weg innerhalb des innerstaatlichen Prozessrechts der wirksamste ist.



Die Mitteilung wird für die einzelstaatlichen Gerichte nicht bindend sein und bezweckt keine Änderungen oder Zusätze zu den in den Mitgliedstaaten für Zivilverfahren geltenden Verfahrensvorschriften.

Frist für die Einreichung von Stellungnahmen im Rahmen der Konsultation ist der 18. Oktober 2019. Die Kommission wird alle Beiträge sorgfältig prüfen, bevor sie die endgültige Fassung der Mitteilung erstellt. • *eag Quelle: PM KOM*

Die Konsultation kann [hier](#) abgerufen werden.

Weitere Informationen zu kartellrechtlichen Schadenersatzklagen finden Sie [hier](#)

Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission öffnet Labors von Weltrang für Forscher

Forscher aus ganz Europa werden jetzt noch mehr Möglichkeiten haben, die hochmodernen Einrichtungen der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) zu nutzen: Nach einer ersten Runde



©EU 2019

der Open-Access-Initiative, bei der fast 100 förderfähige Vorschläge von 92 Forschungseinrichtungen eingereicht wurden, stehen den externen Wissenschaftlern nunmehr weitere Labors des kommissionseigenen wissenschaftlichen Diensts zur Verfügung, sodass sie jetzt auch Experimente auf den Gebieten

Nullemissionslösungen und nukleare Sicherheit durchführen können. Die Forschungsstelle möchte mit

dieser Initiative die wissenschaftliche Forschung vorantreiben, die Wettbewerbsfähigkeit steigern und zugleich die Zusammenarbeit zwischen europäischen Forschern intensivieren.

[Seit die JRC 2017 erstmals ihre Anlagen geöffnet hat](#), haben Forscher aus 21 EU- und 3 Nachbarländern Experimente in 12 Labors der Forschungsstelle in Geel (Belgien), Ispra (Italien) und Karlsruhe (Deutschland) durchgeführt. Die Initiative wird jetzt auf Petten (Niederlande), den Standort der JRC-Forschungslabors für Energie und Verkehr, ausgeweitet. Forscher aus EU-Ländern und aus mit dem Forschungsprogramm [Horizont 2020](#) assoziierten Ländern sind aufgerufen, **bis zum 30. September eine Bewerbung einzureichen**.

In Petten stehen Forschern nun zwei Anlagen für die Entwicklung von Wasserstofftechnologien offen, und zwar die Hochdruck-Gasbehälterprüfanlage und die Brennstoffzellen-/Elektrolyseur-Prüfanlage. Wasserstoff ist einer der vielversprechendsten alternativen Kraftstoffe, da er keine Kohlendioxidemissionen verursacht. Die noch in den Kinderschuhen steckende Technologie muss allerdings weiterentwickelt werden, bevor sie anstelle konventioneller fossiler Brennstoffe eingesetzt werden kann. In Petten werden die Forscher Experimente mit Brennstoffzellen und Gasbehältern unter unterschiedlichen Umgebungsbedingungen durchführen.

In Karlsruhe wird die JRC auch zwei hochmoderne Labors für die Forschung mit Actinoidmaterialien zugänglich machen. Actinoide sind – in so unterschiedlichen Bereichen wie Energie, Weltraumforschung oder Medizin – eine tragende Säule der Nukleartechnologien. Wissenschaftler werden im Zuge ihrer Sondierungsforschungen die Entwicklung neuer nuklearer Ausrüstungen oder Materialien voranbringen.

Ab September wird die JRC auch mehrere ihrer Anlagen in Europa für die Messung von Kernreaktionen und Zerfallsdaten in Geel zugänglich machen. Solche Messungen leisten



einen Beitrag zur Kernreaktorsicherheit, zur sicheren Handhabung nuklearer Abfälle und zum Strahlenschutz für Bürger und Umwelt.

Ein eigenes [öffentliches Portal](#) informiert über alle Aspekte im Zusammenhang mit der Open-Access-Initiative der JRC, u. a. über die Veröffentlichung von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen, die Zugangsbedingungen und -kriterien sowie Verfahren zur Vorschlagseinreichung. Durch die Öffnung ihrer Anlagen für externe Nutzer wird die JRC keinen finanziellen Gewinn erzielen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Offener Zugang zu den JRC-Forschungsinfrastrukturen](#)
[Factsheet über die Gemeinsame Forschungsstelle](#)

Eurobarometer-Umfrage - Höchste Zustimmungswerte zur EU seit fünf Jahren



Die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Europäischen Union erreicht die höchsten Werte seit dem Amtsantritt der Juncker-Kommission im Jahr 2014. Das sind die Ergebnisse der neuen Eurobarometer-Umfrage, die die EU-Kommission am 5. August in Brüssel veröffentlicht hat. Allgemein hat die Zufriedenheit mit der Europäischen Union zugenommen, das gilt von der wirtschaftlichen Lage bis zum Zustand der Demokratie.

Die Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2019 (EB 91) wurde zwischen dem 7. Juni und dem 1. Juli 2019 in allen EU-Mitgliedstaaten und in den Kandidatenländern in Form von persönlichen Befragungen durchgeführt. Zwischen dem 7. und dem 25. Juni 2019 wurden in den 28 EU-Mitgliedstaaten 27 464 Personen befragt.

Zu den wichtigsten Ergebnissen zählen eine Rekordunterstützung für den Euro und Rang zwei auf der Skala der wichtigsten Anliegen auf EU-Ebene für das Thema Klimawandel (hinter dem Thema Zuwanderung).

1. Vertrauen und Zuversicht so groß wie seit 2014 nicht mehr

Das Vertrauen in die EU ist so groß wie seit 2014 nicht mehr und nach wie vor größer als das Vertrauen in nationale Regierungen oder Parlamente. Das Vertrauen in die EU ist in 20 Mitgliedstaaten gestiegen, wobei die besten Werte in Litauen (72 Prozent), Dänemark (68 Prozent) und Estland (60 Prozent) verzeichnet wurden. In Deutschland sind es 48 Prozent, drei Prozentpunkte weniger als bei der letzten Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2018.

Seit dem letzten Standard-Eurobarometer ist der Anteil der Befragten, die ein positives Bild von der EU haben (45 Prozent), in 23 EU-Mitgliedstaaten gestiegen, am auffälligsten in Zypern (47 Prozent, + 11 Pp), Ungarn (52 Prozent + 9), Griechenland (33 Prozent, + 8), Rumänien (60 Prozent, + 8) und Portugal (60 Prozent, + 7). In Deutschland sind es 51 Prozent, was ein Anstieg um 4 Prozentpunkten im Vergleich zum Herbst bedeutet.

Seit Herbst 2018 ist im EU-Durchschnitt ein Anstieg um zwei Prozentpunkte zu verzeichnen (+ 10 seit Frühjahr 2014), womit der höchste Stand seit zehn Jahren erreicht ist. 37 Prozent (+ 1 im Vergleich zum Herbst 2018) haben ein neutrales Bild von der EU, und weniger als ein Fünftel (17 Prozent, - 3) haben ein negatives Bild – der niedrigste Stand seit zehn Jahren. Die Mehrheit der Europäer ist zuversichtlich, was die Zukunft der EU angeht (61 Prozent, + 3 Prozentpunkte), nur 34 Prozent (- 3) sind pessimistisch. Dieser Optimismus ist in Irland (85 Prozent), Dänemark (79 Prozent), Litauen (76 Prozent) und Polen (74 Prozent) am größten. In Deutschland sind es 67 Prozent. Am anderen Ende der Skala befinden sich das Vereinigte



Königreich (47 Prozent gegenüber 46 Prozent) und Frankreich (50 Prozent gegenüber 45 Prozent), wo der Optimismus weniger ausgeprägt ist.

2. Rekordunterstützung für den Euro

Die Unterstützung für die Wirtschafts- und Währungsunion und für den Euro erreicht ein neues Rekordhoch; mehr als drei Viertel der Befragten im Euro-Währungsgebiet (76 Prozent, + 1 Prozentpunkt seit Herbst 2018 und + 9 seit Frühjahr 2014) befürworten die einheitliche EU-Währung. EU-weit liegt die Unterstützung für den Euro unverändert bei 62 Prozent. In Deutschland liegt sie mit 81 Prozent weit darüber. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Standard-Eurobarometer-Umfrage Frühjahr 2019](#)

[Standard-Eurobarometer Nr. 91](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Praktischer Rat für öffentliche Auftraggeber zu Teilnahme von Bietern aus Drittländern am EU-Beschaffungsmarkt

Am 24. Juli von der Kommission veröffentlichte [Leitlinien](#) bieten praktischen Rat für öffentliche Auftraggeber in den Mitgliedstaaten und helfen diesen Auftraggebern festzustellen, welchen Bietern aus Drittländern ein garantierter Zugang zum EU-Beschaffungsmarkt gewährt wird. Sie sind auch das erste Ergebnis im Rahmen der zehn Maßnahmen, die in der Mitteilung über die [Beziehungen zwischen der EU und China](#) dargelegt wurden. Die Leitlinien zielen darauf ab, die öffentlichen Auftraggeber für die verschiedenen Instrumente zu sensibilisieren, die im EU-Rahmen für das öffentliche Auftragswesen verfügbar sind. Dazu gehören Maßnahmen, die bei ungewöhnlich niedrigen Angeboten ergriffen werden können, und Maßnahmen, die sicherstellen, dass Bieter aus Drittländern sich in Bereichen wie Sicherheits-, Arbeits- und Umweltstandards an dieselbe Qualität gebunden fühlen wie EU-Bieter.

Der Markt für Aufträge der öffentlichen Hand in der EU ist offen und sein Wert wird auf 2 Billionen Euro pro Jahr geschätzt. Auf den immer stärker global ausgerichteten Märkten müssen öffentliche Auftraggeber in der EU mit den richtigen Instrumenten und Kenntnissen ausgestattet sein, wenn sie sich mit Bietern aus Ländern außerhalb der EU befassen. Mit den Leitlinien werden die öffentlichen Auftraggeber unterstützt, Angebote effizient zu prüfen, potenziell ungewöhnlich niedrige Angebote zu ermitteln und ihre Beschaffungen so zu gestalten, dass sie die innovativste, am stärksten sozialorientierte oder umweltfreundlichste Option wählen.

Die vorgelegten Leitlinien bauen auf der Mitteilung [„Eine funktionierende öffentliche Auftragsvergabe in und für Europa“](#) auf, in der eine breit angelegte Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten ins Leben gerufen wurde, um die Wirksamkeit des öffentlichen Beschaffungswesens zu verbessern. Die Kenntnis der Möglichkeiten und die Ausnutzung des Spielraums, die der bestehende Rechtsrahmen bietet, tragen zur Stärkung des Binnenmarkts bei und fördern gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem EU-Beschaffungsmarkt.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Leitlinien der Kommission zur Teilnahme von Bietern aus Drittländern am EU-Beschaffungsmarkt](#)

[Leitlinien für die Teilnahme von Bietern und Waren aus Drittländern am EU-Beschaffungsmarkt](#)

[EU-China – Eine strategische Perspektive \(März 2019\)](#)

[Eine zukunftsfähige EU-Industrie](#)



EU fördert 73 Jungwissenschaftler aus Deutschland

Der Europäische Forschungsrat unterstützt in diesem Jahr die Pionierarbeit von 408 Jungwissenschaftlern mit insgesamt 621 Mio. Euro. Von ihnen kommen 73 aus Deutschland, mehr als aus jedem anderen Land. In den geförderten Projekten arbeiten die Forscher zum Beispiel an Innovationen im Kampf gegen den Hunger und dem Umgang mit dem steigenden Meeresspiegel oder untersuchen die Überlebensmechanismen von Zellorganismen. Durch die Forschungsprojekte werden schätzungsweise 2.500 Arbeitsplätze entstehen.



Die meisten in Deutschland unterstützten Projekte stammen dieses Jahr von der „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“. Mit Hilfe der EU-Gelder wird beispielsweise über die Entscheidungsfindung in Tiergesellschaften geforscht. Andere geförderte Projekte beschäftigen sich mit der Ausbreitung von Entzündungen auf Gelenke (Uni Nürnberg) oder dem Einfluss von Nanoplastik-Partikeln auf Nervenkrankheiten (Universität Bonn). Mit 51 verschiedenen vertretenen Nationalitäten unterstützt die EU Projekte in aller Welt, beispielsweise auch in Taiwan und in Kuba. Etwa 20 Forschende werden für ihre Arbeit in die EU ziehen.

Der Europäische Forschungsrat (European Research Council, ERC) wurde 2007 von der Europäischen Union zur Finanzierung herausragender Pionierforschung eingerichtet. Jedes Jahr werden unabhängig von Staatsangehörigkeit und Alter die besten kreativen Forscher ausgewählt und deren Projekte in Europa finanziert. Der ERC ist zudem bestrebt, Spitzenforscher aus der ganzen Welt zu gewinnen, die in Europa tätig sein möchten. Bislang hat der ERC Projekte von rund 9 000 Spitzenforschern in verschiedenen Phasen ihrer Laufbahn finanziert.

Es werden vier zentrale Förderprogramme angeboten: Starting Grants (Finanzhilfen für Nachwuchsforscher), Consolidator Grants (Finanzhilfen zur Konsolidierung), Advanced Grants (Finanzhilfen für etablierte Forscher) und Synergy Grants (Finanzhilfen für Gruppen herausragender Forscher).

Der ERC wird von einem unabhängigen Lenkungsorgan, dem wissenschaftlichen Rat, geleitet. Präsident des ERC ist Prof. Jean-Pierre Bourguignon. Der ERC verfügt über einen Haushalt von 13 Mrd. Euro für die Jahre 2014 bis 2020 als Teil des Programms Horizont 2020.

• *eag Quelle: PM KOM*

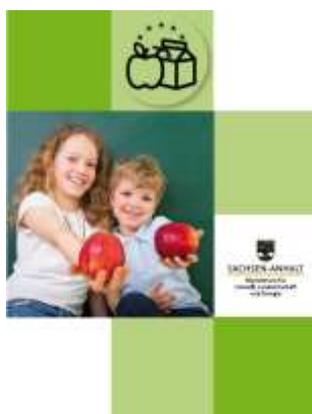
Weitere Informationen:

[Pressemitteilung des Europäischen Forschungsrates](#)



Gesundes Essen zum Schulstart: Schüler erhalten Milch, Obst und Gemüse dank EU-Programm

Auch in diesem Schuljahr erhalten Schüler Milch, Obst und Gemüse im Rahmen des EU-Schulprogramms. Für Deutschland sind im Schuljahr 2019/2020 knapp 25 Mio. Euro für Schulobst und -gemüse und knapp 11 Mio. Euro für Schulumilch vorgesehen. Das EU-Schulprogramm soll ein gesundes Essverhalten bei Kindern fördern und beinhaltet spezielle Bildungsprogramme, um den Schülern die Bedeutung einer gesunden Ernährung zu vermitteln und ein Verständnis zu schaffen, wie Nahrungsmittel erzeugt werden. Im Schuljahr 2017/2018 haben über 20 Millionen Kinder – etwa 20 Prozent aller Kinder in der gesamten Europäischen Union – von diesem Programm profitiert.



In jedem Schuljahr werden insgesamt 250 Mio. Euro für das Programm bereitgestellt. Für den Zeitraum 2019-2020 sind 145 Mio. Euro für Obst und Gemüse und 105 Mio. Euro für Milch und Milcherzeugnisse vorgesehen. Die Teilnahme an dem Programm ist zwar freiwillig, es haben sich aber alle EU-Mitgliedstaaten dafür entschieden, entweder an einem Teil des Programms oder an dem gesamten Programm teilzunehmen. Die nationalen Zuweisungen für die in diesem Schuljahr an dem Programm beteiligten EU-Länder wurden im März 2019 von der Europäischen Kommission genehmigt und angenommen. Die Länder können die EU-Gelder zudem mit eigenen Mitteln aufstocken.

Die Mitgliedstaaten können auch über die Art und Weise der Umsetzung entscheiden. Dazu zählt etwa die Frage, welche Art von Produkten die Kinder erhalten, oder zu welchem Thema die pädagogischen Angebote stattfinden. Die Wahl der Produkte muss jedoch auf Erwägungen zur Gesundheit und Umwelt basieren, in Abhängigkeit von der Saison und der Verfügbarkeit getroffen werden und Vielfalt sicherstellen.

Zusätzlich bietet die Europäische Kommission ein [Unterrichtspaket für Lehrer/innen](#) über Lebensmittel, Umwelt und ländliche Gebiete an. Dieses Paket umfasst eine Sammlung von direkt einsetzbaren Unterrichts- und Lernmaterialien zur Sensibilisierung von jungen Europäerinnen und Europäern im Alter von 11 bis 15 Jahren zur Bedeutung von Ernährung und Landwirtschaft in der EU. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Schulobst- und -gemüseprogramm sowie Schulumilchprogramm der EU](#)
[Die wichtigsten Zahlen und Fakten zum EU-Schulprogramm für 2017-2018](#)
[Unterrichtspaket für Lehrer/innen](#)
<https://mule.sachsen-anhalt.de/umwelt/umweltbildung/schulprogramm/>



EU kündigt Rekordsumme von 550 Mio. Euro an, um 16 Millionen Menschen vor AIDS, Tuberkulose und Malaria zu retten

Während des G7-Gipfels in Biarritz hat die Europäische Union am 24. August einen Beitrag in Höhe von 550 Mio. Euro für den [Globalen Fonds](#) angekündigt. Der Fonds ist ein internationales Partnerschaftsinstrument zur weltweiten Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria. Mithilfe des Fonds wurden seit 2002 bereits 27 Millionen Menschenleben gerettet.

Der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk, der die EU beim diesjährigen G7-Gipfel vertreten hat, gab die Ankündigung in Biarritz ab. Sie erfolgte im Vorfeld der Geberkonferenz des Globalen Fonds, die im Oktober in Lyon stattfinden wird, da mehr Unterstützung notwendig ist, damit Entwicklungsländer ihr Gesundheitswesen verbessern, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung erreichen und die drei Epidemien bis 2030 beenden können.

Im Rahmen des Globalen Fonds sollen im Zeitraum 2020-2022 mindestens 12,6 Mrd. Euro (14 Mrd. US-Dollar) mobilisiert werden. Bis 2023 sollten diese Mittel dazu beitragen, weitere 16 Millionen Menschenleben zu retten, 234 Millionen Infektionen zu vermeiden, die Sterblichkeitsrate bei AIDS, Tuberkulose und Malaria zu halbieren und solidere Gesundheitssysteme aufzubauen.

Die Zusage wird unter der Annahme gestellt, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2021-2027 und das neue Instrument für das auswärtige Handeln, aus dem die Mittel für den heutigen Beitrag bereitgestellt würden, weitgehend im Einklang mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission angenommen werden.

Mehr als 60 Länder haben Mittel für den Globalen Fonds bereitgestellt. Allein im Jahr 2017 wurden über den Fonds 17,5 Millionen Menschen eine antiretrovirale Therapie gegen HIV zur Verfügung gestellt, 197 Millionen Moskitonetze zum Schutz von Kindern und Familien vor Malaria verteilt sowie 5 Millionen Menschen auf Tuberkulose untersucht und behandelt. Seit seiner Einrichtung hat die Kommission einen Beitrag von mehr als 2,6 Mrd. Euro geleistet. Gemeinsam mit der zusätzlichen Unterstützung von den EU-Ländern entspricht der Gesamtbeitrag der EU fast 50 Prozent aller Mittel des Globalen Fonds.

Zusätzlich zu den insgesamt 1,3 Mrd. Euro an Beiträgen zu globalen Initiativen wie dem Globalen Fonds, der Globalen Impfallianz (GAVI) oder der Partnerschaft der WHO zur flächendeckenden Gesundheitsversorgung unterstützt die EU im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit den Gesundheitssektor in 17 Ländern (vor allem in Afrika) im Zeitraum 2014-2020 mit weiteren 1,3 Mrd. Euro.

Im Bereich der globalen Gesundheit konzentriert sich die EU auf eine gerechte und zugängliche Gesundheitsversorgung, die Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme, Menschenrechte, Frauen und Mädchen sowie auf die Beteiligung des Privatsektors.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Fragen und Antworten – Die EU und der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria](#)



200 Millionen Arbeitnehmer in der EU profitieren von neuen EU-Regeln für bessere Mindestschutzstandards

Die am 31. Juli in Kraft getretenen [EU-Regeln für transparente Arbeitsbedingungen](#) stärken die Rechte von 200 Millionen Arbeitnehmern. Davon profitieren insbesondere Arbeitnehmer in neuen Arbeitsformen, wie z.B. Arbeitnehmer mit "Nullstundenverträgen" und Hausangestellte, die bisher nicht durch EU-Vorschriften geschützt waren. Sie werden von mehr Transparenz profitieren, indem sie von Anfang an wichtige Informationen über ihre Arbeitsbedingungen erhalten. Dazu gehören u.a. eine Höchstdauer für die Probezeit zu Beginn des Beschäftigungsverhältnisses, eine Mindestplanbarkeit der Arbeit mit angemessenem Vorlauf für Arbeitnehmer, deren Arbeitszeitplan unvorhersehbar ist (z. B. Arbeit auf Abruf), Vorschriften zur Verhinderung von Missbrauch für Null-Stunden-Verträge und der Anspruch auf kostenlose obligatorische Fortbildung im Falle der Verpflichtung des Arbeitgebers zur Bereitstellung einer Fortbildung.

Die Richtlinie hat einen breiten persönlichen Anwendungsbereich. Er soll sicherstellen, dass alle Arbeitnehmer in allen Beschäftigungsverhältnissen – selbst in den flexibelsten atypischen und neuen Formen wie Null-Stunden-Verträge, Gelegenheitsarbeit, Hausarbeit, Arbeit auf der Grundlage von Gutscheinen oder Arbeit über Plattformen – in den Genuss dieser Rechte kommen.

Gezielte Durchsetzungsbestimmungen gewährleisten, dass die Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz auch tatsächlich davon profitieren.

Ebenfalls an diesem Tag trat die [Verordnung zur Einrichtung der Europäischen Arbeitsbehörde \(ELA\)](#) in Kraft. Die Europäische Arbeitsbehörde wird sicherstellen, dass die Bürger und Unternehmen der EU auf eine faire und wirksame Durchsetzung der EU-Vorschriften über die Mobilität der Arbeitnehmer und die Koordinierung der sozialen Sicherheit zählen können.

Mittlerweile leben bzw. arbeiten 17 Millionen Europäerinnen und Europäer in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen – fast doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren. Die Mobilität in der EU ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Ihre effiziente Steuerung kommt sowohl dem Einzelnen als auch der Wirtschaft und der Gesellschaft insgesamt zugute.

Die Freizügigkeit zählt zu den am meisten geschätzten Freiheiten des Binnenmarkts. Laut einer Eurobarometer-Umfrage befürworteten mehr als acht von zehn Europäerinnen und Europäern die „Freizügigkeit von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, [aufgrund derer] sie überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte tätigen können“.

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen brauchen Zugang zu verlässlichen Informationen und praktischen Diensten zur Erleichterung der Arbeitskräftemobilität; dazu zählen auch Informationen über bestehende Möglichkeiten, geltende Regeln und ihre Rechte und Pflichten in grenzüberschreitenden Situationen.

Zudem besteht mehr denn je die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden zu verbessern. Die nationalen Behörden brauchen auch geeignete Instrumente, um Informationen auszutauschen, Verfahren für die tägliche Zusammenarbeit zu entwickeln, gemeinsame und konzertierte Kontrollen durchzuführen und etwaige grenzübergreifende Streitigkeiten rasch und effizient zu lösen.

Die Behörde wird die Mitgliedstaaten in Fragen der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität unterstützen, u. a. auch im Bereich der Vorschriften über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die Entsendung von Arbeitnehmern und die Koordinierung



der Systeme der sozialen Sicherheit. Darüber hinaus wird sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit verbessern. Die Behörde wird ihre Tätigkeit im Oktober in Brüssel aufnehmen und so schnell wie möglich nach Bratislava in der Slowakei umziehen.

Beide EU-Gesetze sind wichtige Meilensteine, um die [Europäische Säule der sozialen Rechte](#) für die Bürger Wirklichkeit werden zu lassen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 31.7.2019](#)

[Website Transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen](#)

[Pressemitteilung: Kommission startet Stellenbesetzung für die neue Europäische Arbeitsbehörde](#)

EU und USA einigen sich über Importmengen für hormonfreies Rindfleisch

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten haben sich Anfang August in Washington auf eine höhere Einfuhrquote für hormonfreies Rindfleisch in die EU geeinigt. Innerhalb von sieben Jahren soll der Anteil von US-Importen an der Gesamtimportmenge auf 35.000 Tonnen pro Jahr steigen. Die Gesamtimportquote von 45.000 Tonnen pro Jahr bleibt konstant. Die Qualität und Sicherheit des importierten Rindfleischs entspricht weiterhin den hohen europäischen Standards.

Das Ergebnis ist ein weiterer Schritt der neuen Phase in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die zwischen den Präsidenten Juncker und Trump im [Juli 2018 in einer Gemeinsamen Erklärung](#) beschlossen wurde.

Im Jahr 2009 schlossen die EU und die USA eine Vereinbarung (Memorandum of Understanding), die 2014 überarbeitet wurde und eine Lösung für den langjährigen Streit bei der Welthandelsorganisation (WTO) über die Verwendung bestimmter Wachstumshormone in der Rindfleischproduktion bietet. Im Rahmen des Abkommens wurde von der EU eine Importquote von 45.000 Tonnen für nicht hormonbehandeltes Rindfleisch an qualifizierte Lieferanten eingerichtet, darunter die Vereinigten Staaten.

Das Gesamtvolumen des 2009 eröffneten Kontingents bleibt unverändert, ebenso wie die Qualität und Sicherheit von Rindfleisch, das in die EU eingeführt wird und weiterhin den hohen europäischen Standards entspricht.

Das Abkommen wurde auf der Grundlage eines Mandats der EU-Mitgliedstaaten ausgehandelt und am 15. Juli 2019 im Rat gebilligt. Der Rat wird nun das Abkommen dem Europäischen Parlament zur förmlichen Genehmigung empfehlen, damit es in naher Zukunft in Kraft treten kann. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: [The European Union and the United States sign an agreement on imports of hormone-free beef](#)

[Gemeinsame Erklärung](#)

[Die Handelspolitik der EU](#)



Potential der Natur nutzen: Kommission veröffentlicht Leitlinien für Planer, Politik und Wirtschaft

Die Europäische Kommission gibt Planern in Politik und Wirtschaft neue [Leitlinien](#) an die Hand, um die Ökosysteme und ihren Wert bei Entscheidungen besser zu berücksichtigen. Zudem definiert sie Kriterien, die zum Ziel haben, natürliche Landschaftselemente in die „grüne und blaue Infrastruktur“ zu integrieren. Die am 3. September veröffentlichten Dokumente unterfüttern den [EU-Aktionsplan für Menschen, Natur und Wirtschaft](#) aus dem Jahr 2017, mithilfe dessen die EU-Regeln zum Naturschutz ihr volles Potenzial entfalten sollen.

Die Natur kann ein starker Verbündeter dabei sein, den Klimawandel und seine Auswirkungen auf Mensch und Erde zu begrenzen. Der Schutz der Natur ist damit auch eine Versicherungspolice für eine langfristig nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Unsere Lebensqualität und unser Wohlstand hängen von den „Ökosystemleistungen“ ab - den Vorteilen, die die Natur den Menschen bringt. Natürliche Prozesse versorgen uns mit Sauerstoff, sauberem Wasser, Lebensmitteln, Medikamenten und Materialien. Sie regulieren das Klima und den Wasserkreislauf und mildern extreme Wetterbedingungen, Überschwemmungen und Dürren.

Urbane Grünflächen bieten beispielsweise Lebensräume für Pflanzen und Tiere, können aber auch Umweltverschmutzung, Lärm, Hitze und Überschwemmungen reduzieren, die Attraktivität von Wohngebieten erhöhen, körperliche Aktivität fördern und zum Wohlbefinden beitragen. Mit Blick auf den andauernden Verlust der biologischen Vielfalt sind die Dienstleistungen, die die Natur für Gesellschaft und Wirtschaft erbringt, jedoch nicht mehr selbstverständlich.

Und obwohl die Wiederherstellung von intakten Naturlandschaften typischerweise große gesellschaftliche Vorteile bietet, die bis zu zehnmal höher sein können als die Kosten herkömmlicher Investitionen, wird dieser Wert in der Regel nicht anerkannt oder bei Markttransaktionen, politischen, planerischen und Investitionsentscheidungen angemessen berücksichtigt. Infolgedessen werden oft langfristige, nachhaltige Anlagemöglichkeiten verpasst.

Die neuen Leitlinien sollten als wichtiger Bezugspunkt für die Entwicklung künftiger politischer Initiativen dienen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Website: [Working with nature to resolve urgent societal challenges](#)

[Website mit Links zu den Leitlinien](#)

[EU-Aktionsplan für Menschen, Natur und Wirtschaft](#)

Urheberrecht - EU-Kommission lädt zu Dialog über Anwendung von Artikel 17

Am 15. Oktober 2019 wird das erste Treffen mit Interessenvertretern zur Anwendung von Artikel 17 (ehemals Artikel 13) der EU-Urheberrechtsrichtlinie stattfinden. Das hat die EU-Kommission heute (Mittwoch) bekannt gegeben. **Noch bis zum bis zum 18. September** können sich Interessierte um eine Teilnahme [bewerben](#).



Ziel des Dialogs ist es, bestehende Praktiken für die Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte durch Online-Plattformen in Zusammenarbeit mit Rechteinhabern sowie Erfahrungen der Nutzer zu sammeln.

Die Ergebnisse der Diskussionen werden in die Ausarbeitung der Leitlinien der Kommission für die Anwendung von Artikel 17 gemäß der Richtlinie einfließen.

Weitere Treffen werden bis Ende 2019 oder Anfang 2020 organisiert. Die endgültigen Termine für die Sitzungen werden rechtzeitig bestätigt.

Die Kommission wird bis zu 80 einzelne Vertreter von Interessengruppen zu den Dialogtreffen einladen können. Vertreter der EU-Mitgliedstaaten werden ebenfalls daran teilnehmen. Die Kommission wird die repräsentativen Organisationen auswählen, wobei sie vorrangig die folgenden Kriterien berücksichtigt:

- Organisationen vertreten die Interessen von Rechteinhabern, Anbietern von Online-Plattformen oder Nutzern, einschließlich Verbraucher- und Grundrechtsorganisationen, im Zusammenhang mit der Anwendung von Artikel 17;
- Unternehmen haben ein berechtigtes Interesse daran, die besten Praktiken für die Zusammenarbeit zwischen Anbietern von Online-Plattformen und Rechteinhabern im Rahmen von Artikel 17 zu diskutieren, da sie von dieser Zusammenarbeit direkt betroffen sind;
- Unternehmen verfügen über praktische Erfahrungen in Bezug auf die in Artikel 17 geregelten Angelegenheiten;
- Die repräsentativen Organisationen sind auf europäischer Ebene tätig.

Die Kommission wird die endgültige Auswahl der Teilnehmer des Dialogs treffen. Bei der Auswahl wird sie sicherstellen, dass alle von Artikel 17 betroffenen relevanten Interessengruppen angemessen vertreten sind. Neben den regelmäßigen Teilnehmern können einige weitere Interessengruppen ad hoc eingeladen werden, um ihr Fachwissen auszutauschen oder an den Diskussionen über spezifische Themen teilzunehmen. Über die Dialogsitzungen hinaus wird die Kommission weiterhin für Diskussionen und schriftliche Stellungnahmen aller Beteiligten zur Verfügung stehen, um sicherzustellen, dass alle relevanten Beteiligten ihre Ansichten äußern können.

Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten hatten im Frühjahr 2019 der Urheberrechtsreform zugestimmt. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, sie umzusetzen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Die vollständige Pressemitteilung](#)

[Online-Bewerbung für den Dialog zu Artikel 17](#)

Alle Informationen zur Urheberrechtsrichtlinie finden Sie [hier](#) (link is external)

[Vollständiger Text der Urheberrechtsrichtlinie](#)

Supercomputer: Europäisches Unternehmen für Hochleistungsinformatik startet erste Ausschreibungen

Das gemeinsame europäische Unternehmen für High Performance Computing (EuroHPC) hat seine ersten Aufforderungen zur Finanzierung von Forschungs- und Innovationsaktivitäten veröffentlicht.



Die Aufforderungen sind mit einem Gesamtbudget von 190 Mio. Euro ausgestattet und konzentrieren sich auf Bereiche, die im Arbeitsplan des gemeinsamen Unternehmens für 2019



hervorgehoben werden: die Entwicklung wesentlicher Technologien für Hochleistungs-Computerhardware und -software, die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) aus dem verarbeitenden Gewerbe und dem Ingenieurwesen bei der innovativen Nutzung von HPC und die Einrichtung von HPC-Kompetenzzentren in allen am EuroHPC teilnehmenden Ländern.

Derzeit entspricht der Computer- und Datenbedarf der europäischen Wissenschaftler und der Industrie nicht der in der EU verfügbaren Rechenzeit. Darüber hinaus verfügt die EU nicht über die leistungsfähigsten Maschinen, die einige ihrer Anwendungen benötigen. Infolgedessen verarbeiten europäische HPC-Nutzer ihre Daten zunehmend außerhalb der EU. Keiner der EU-Supercomputer befindet sich derzeit unter den Top 10 der Welt, und die bestehenden sind auf außereuropäische Technologien angewiesen. Dies birgt die zunehmende Gefahr, dass der Union strategisches oder technologisches Know-how für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit entzogen wird.

Bis 2022/2023 soll ein Supercomputer mit einer Leistungsfähigkeit im Bereich bis 10^{18} Rechenoperationen pro Sekunde (exa-scale) für Nutzer aus Industrie und Forschung in Europa bereitstehen. Das Gemeinsame Unternehmen setzt auf der Arbeit der [contractual Public-Private Partnership HPC](#) auf. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 29.7.](#)

[Informationen zur Ausschreibung](#)

[Pressemitteilung: Digitaler Binnenmarkt: Europa gibt acht Standorte für neue Supercomputer von Weltrang bekannt](#)



EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt begleitete europäisches Partnertreffen im Landkreis Harz



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projektentwicklungsworkshops in der Schierker Feuerstein Arena

Viele deutsche und französische Kommunen pflegen eine langjährige Partnerschaft, so auch die Landkreise Harz und Belfort. Die persönliche Begegnung der Menschen vor Ort macht solche Partnerschaften lebendig und wertvoll. In der letzten Augustwoche empfing der Landkreis Harz eine sechsköpfige Delegation aus der französischen Partnerregion. Die Europäische Union stellt eine Vielzahl an Fördermitteln für die Entwicklung und Vertiefung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen europäischen Kommunen bereit. Mit dem Ziel, diese Fördertöpfe für die Kooperationsprojekte der

Landkreise zu erschließen, gestaltete die EU Service-Agentur der Investitionsbank während des Partnerschaftstreffens einen Projektentwicklungsworkshop. In Vorgesprächen waren die Kooperationsinteressen der Landkreise eruiert und der Ablauf des Workshops individuell geplant worden. Die Förderexpertinnen der EU Service-Agentur präsentierten vor allem leicht zugängliche Programme, die bilaterale Beziehungen unterstützen und für die kein Eigenanteil nachzuweisen ist. Auf Basis dieser Präsentationen und der sich anschließenden Diskussionen entstanden Projektideen, die in den nächsten Monaten weiterentwickelt und zur Antragsreife gebracht werden sollen.

Möchten Sie Ihre Partnerschaftstreffen so oder ähnlich von der EU Service-Agentur unterstützt wissen, senden Sie eine E-Mail an die unter www.eu-serviceagentur.de genannten Ansprechpartnerinnen.



Kooperationsbörse Industrial Bridge in Szczecin

Das Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt lädt herzlich zur Kooperationsbörse Industrial Bridge am 27. November 2019 nach Szczecin in Polen ein. Die Kooperationsbörse wendet sich an Firmen aus der Stahlindustrie und aus den Bereichen Logistik und Transport und der maritimen Industrie.

Hauptziel der Veranstaltung ist das Vernetzen von polnischen und internationalen Firmen als neue Kunden und für potentielle internationale Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Die Anmeldung erfolgt auf der Internetseite der Veranstaltung. Dort füllen Sie ein Profil aus, in dem Sie ihre eigene Firma kurz beschreiben und Gesuche und Angebote abgeben.

<https://ib2019.b2match.io/page-4741>

Hauptthemen in diesem Jahr:

- Metall und Stahl
- Maritime Industrie
- Logistik und Transport
- Subunternehmerverträge

Warum Sie teilnehmen sollten:

- Bauen Sie neue Technologie- und Handelspartnerschaften auf
- Expandieren Sie ins Ausland
- Finden Sie Partner für Horizon 2020 Projekte
- Erweitern Sie Ihren Horizont in Bezug auf Technologien und Lösungen
- Treffen Sie Experten und Wissenschaftler

Schon 2015 hat die Kooperationsbörse insgesamt 130 Gäste aus Polen, Tschechien und Deutschland angezogen. Insgesamt gab es 140 Treffen.

Bei Fragen können Sie sich gerne an uns wenden.

tti Magdeburg, Ralf Lehnardt

rlehnardt@tti-md.de

+49 391 74435-25



70.000 kulturelle Veranstaltungen an den Europäischen Tagen des kulturellen Erbes 2019

Europäer und Reisende können dieses Jahr von August bis Oktober an über 70.000 Veranstaltungen zum Kulturerbe auf dem gesamten Kontinent teilnehmen. Die „European Heritage Days“ sind eine gemeinsame Initiative der Europäischen Kommission und des Europarates seit 1999. Der „Tag des offenen Denkmals“ ist der deutsche Beitrag zu den European Heritage Days (#EHDs). Das Motto des Tags des offenen Denkmals **am 8. September** lautet dieses Jahr „Modern(e): Umbrüche in Kunst und Architektur“. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Bauhauses soll deutlich werden, welche Umbrüche neue Kunst- und Baustile herbeiführten.

Der Tag des offenen Denkmals, bundesweit koordiniert durch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, ist Deutschlands größte Kulturveranstaltung und lädt die Besucher ein, kulturelles Erbe zu erleben. Der Grundgedanke der europaweiten Aktion ist, dass jährlich im September sonst nicht zugängliche Denkmale und historische Stätten kostenfrei für Besucher öffnen und/oder besondere Veranstaltungen am Denkmaltag stattfinden.

Die European Heritage Days möchten auf die Vielfalt des europäischen Kulturguts aufmerksam machen, das es einerseits zu schützen gilt und das andererseits Europa über die Ländergrenzen hinweg verbindet. So steht die Aktion seit 1999 unter dem Slogan „Europa, ein gemeinsames Erbe“. Mittlerweile findet jeweils im Herbst in allen 50 Ländern Europas ein Denkmaltag statt. Viele Länder stellen ihren Denkmaltag jedes Jahr unter ein wechselndes Motto.

2019 stehen die European Heritage Days im Zeichen des Mottos „ [Arts and Entertainment](#) “. Die Aktivitäten umfassen Festivals, Ausstellungen, Handwerkswshops, Konferenzen oder Führungen. Von Straßenshows über Konzertsäle, traditionelle Theater und Museen bis hin zu Kino und sozialen Medien - das Unterhaltungserbe Europas wird auf lokalen, nationalen und europäischen Bühnen für Besucher und Gäste aus Europa und dem Ausland zum Ausdruck kommen. Außerdem wird untersucht, welche Rolle die neuen digitalen Technologien für das kulturelle Erbe und seine Erhaltung für die Zukunft spielen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 9.8.2019](#)

[Portal European Heritage Days \(link is external\)](#) (mit interaktiver Karte zu europaweiten Veranstaltungen)

[Programm Tag des offenen Denkmals in Deutschland 2019 als interaktive Karte](#)

[Programm Tag des offenen Denkmals in Deutschland 2019 - Gesamtübersicht](#)



Tag des offenen Denkmals®

Modern(e): Umbrüche in Kunst und Architektur



Filmfestspiele in Venedig - Vier vom EU-Programm MEDIA unterstützte Filme konkurrieren um den Goldenen Löwen

In den verschiedenen Wettbewerben der 76. Biennale in Venedig (28. August bis 7. September) laufen in diesem Jahr zwölf Filme, die über das MEDIA-Programm der EU gefördert werden. Die deutsche Koproduktion "Über die Endlosigkeit" von Roy Andersson (Schweden, Deutschland, Norwegen) gehört zu vier MEDIA-unterstützten Filmen, die in Venedig um den Goldenen Löwen kämpfen. Die anderen drei sind "Die Wahrheit" von Hirokazu Kore-eda (Frankreich, Japan), "Martin Eden" von Pietro Marcello (Italien, Frankreich) und "The Painted Bird" von Václav Marhoul (Tschechien, Ukraine, Slowakei). Im Orizzonti-Wettbewerb, der sich den neuesten ästhetischen und expressiven Trends des internationalen Kinos widmet, werden MEDIA-unterstützte "Blanco en blanco" von Theo Court (Spanien, Chile, Frankreich, Deutschland) und "Madre" von Rodrigo Sorogoyen (Spanien, Frankreich) gezeigt. Der Film "Effetti Domino" von Alessandro Rosseto (Italien) wird in der Rubrik Sconfini gezeigt, die sich mit Art-House- und Genrefilmen, Experimental- und Künstlerfilmen beschäftigt.

Fünf weitere von MEDIA-geförderte Filme werden in den unabhängigen Sektionen Giornate degli Autori sowie an der parallel zum Festival stattfindenden Venice International Film Critics Week teilnehmen. Am Rande des Festivals wird die Europäische Kommission am Samstag auch das Europäische Filmforum organisieren. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 28.8.2019](#)

[MEDIA geförderte Filme bei den Filmfestspielen in Venedig](#)

[MEDIA-Programm](#)

[Europäisches Filmforum](#)

[Unterstützung der Kommission für den audiovisuellen und kreativen Sektor im Jahr 2020](#)



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Beantragung von Beiträgen Nr. IX-2020/01 — „BEITRÄGE FÜR EUROPÄISCHE POLITISCHE PARTEIEN“
Fundstelle: Abl.	C 249 vom 25. Juli 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:249:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	30. September 2019
Antragsunterlagen:	Antragsformular zur Beantragung einer Finanzierung können auf der Website des Europäischen Parlaments abgerufen werden http://www.europarl.europa.eu/tenders/invitations.htm Fragen im Zusammenhang mit dieser Aufforderung sollten unter Angabe der betreffenden Veröffentlichungsreferenz an die folgende E-Mail-Adresse gerichtet werden: fin.part.fond.pol@europarl.europa.eu

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen Nr. IX-2020/02 — „FINANZHILFEN FÜR EUROPÄISCHE POLITISCHE STIFTUNGEN“
Fundstelle: Abl.	C 249 vom 25. Juli 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:249:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	30. September 2019
Antragsunterlagen:	Antragsformular zur Beantragung einer Finanzierung können auf der Website des Europäischen Parlaments abgerufen werden http://www.europarl.europa.eu/tenders/invitations.htm Fragen im Zusammenhang mit dieser Aufforderung sollten unter Angabe der betreffenden Veröffentlichungsreferenz an die folgende E-Mail-Adresse gerichtet werden: fin.part.fond.pol@europarl.europa.eu

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen 2019 für den Altiero-Spinelli-Preis für Bewusstseinsförderung
Fundstelle: Abl.	C 251 vom 26. Juli 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:251:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	29. Oktober 2019



Antragsunterlagen:	Alle relevanten Informationen und die Bewerbungsformulare sind verfügbar unter https://ec.europa.eu/education/resources-and-tools/funding-opportunities/altiero-spinelli-prize-for-outreach-call-for-applications-2019
Gegenstand:	EUROPÄISCHES ZENTRUM FÜR DIE FÖRDERUNG DER BERUFSBILDUNG Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — GP/DSI/ReferNet_FPA/001/19 — ReferNet — Europäisches Fachwissensnetzwerk des Cedefop zur Berufsbildung
Fundstelle: Abl.	C 256 vom 30. Juli 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:256:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	1. Oktober 2019
Antragsunterlagen:	Ausführliche Informationen über die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, das Antragsformular und die zugehörigen Anhänge sind seit dem 31. Juli 2019 auf der Website des Cedefop unter folgender Adresse verfügbar: https://www.cedefop.europa.eu/de/about-cedefop/public-procurement

EU-Kommission sucht eHealth-Experten für Digitalisierung des Gesundheitswesens in der EU

24



Bis zum 27. September 2019 können sich eHealth-Experten um ihre Teilnahme an der Interessengruppe zur digitalen Transformation der Gesundheitsversorgung bei der EU-Kommission bewerben. Die Experten sollen bis 2020 helfen, die digitale Transformation von Gesundheit und Pflege im digitalen Binnenmarkt umzusetzen. Die Kommission hat dazu am 13. August einen neuen Aufruf zur Interessenbekundung veröffentlicht. Die eHealth-Experten sollen Beiträge zu verschiedenen Aspekten der digitalen Transformation der Gesundheitsversorgung in der EU liefern, beispielsweise in den

Bereichen Gesundheitsdaten, zum grenzüberschreitenden Zugang zu diesen Daten, zu künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen sowie zu Cybersicherheit, Datenschutz und Privatsphäre. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Aufruf der EU-Kommission für eHealth-Experten](#)



Übersetzungswettbewerb für Schulen 2019 gestartet



Die Europäische Kommission hat am 30. August die 13. Ausgabe ihres Wettbewerbs „Juvenes Translatores“ für Schülerinnen und Schüler aus ganz Europa bekannt gegeben. Seit dem 2. September können sich Schulen aus allen EU-Mitgliedstaaten [online](#) anmelden, damit ihre Schüler sich EU-weit mit Gleichaltrigen messen können. In dem Text, den die teilnehmenden Jugendlichen diesmal übersetzen müssen, geht es um die Möglichkeiten junger Menschen, die Zukunft Europas mitzugestalten.

Die Teilnehmer können beliebig aus einer der 24 EU-Amtssprachen in eine andere übersetzen. Das ergibt 552 mögliche Sprachkombinationen. Im Vorjahr kamen insgesamt 154 Sprachkombinationen zum Einsatz.

Die Anmeldung für Schulen – die erste Phase des zweistufigen Registrierungsverfahrens – ist **bis zum 20. Oktober 2019**, 12.00 Uhr, möglich. Das Anmeldeformular liegt in jeder der 24



EU-Amtssprachen vor.

Im nächsten Schritt werden 751 Schulen zur nächsten Runde zugelassen. Die Anzahl der teilnehmenden Schulen aus jedem Land entspricht der Zahl der Sitze, die das Land im Europäischen Parlament erhalten hat. Die Schulen werden maschinell nach dem Zufallsprinzip ausgewählt.

Die ausgewählten Schulen benennen in der Folge 2-5

Schüler/innen, die sie ins Rennen schicken. Die Nationalität spielt keine Rolle. Entscheidend ist der Geburtsjahrgang 2002.

Der Wettbewerb findet am 21. November 2019 zeitgleich in allen teilnehmenden Schulen statt. Ab diesem Jahr läuft der Wettbewerb online.

Die Gewinner/innen — 1 pro Land – werden Anfang Februar 2020 bekannt gegeben. Ihre Auszeichnungen erhalten sie im Frühjahr 2020 bei der Preisverleihung in Brüssel.

In der belgischen Hauptstadt können sich die Schüler/innen mit Übersetzer/innen der Europäischen Kommission, die ihre Arbeiten bewertet haben, über Sprache als Beruf austauschen.

Der Wettbewerb „Juvenes Translatores“ (Lateinisch für „junge Übersetzer“) wird seit 2007 alljährlich von der Generaldirektion Übersetzung der Kommission ausgerichtet. Er fördert das Erlernen von Fremdsprachen in der Schule und gewährt jungen Menschen Einblick in die Tätigkeit des Übersetzens. Der Wettbewerb richtet sich an 17-jährige Sekundarschüler. Er findet EU-weit zeitgleich an allen ausgewählten Schulen statt.

Für manche ehemalige Teilnehmer/innen war der Wettbewerb ausschlaggebend dafür, Fremdsprachen zu studieren und das Übersetzen zu ihrem Beruf zu machen. Der Wettbewerb ist eine willkommene Gelegenheit, die große sprachliche Vielfalt Europas zu würdigen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Nachwuchsübersetzer/innen: Kommission startet](#)

[Übersetzungswettbewerb für Schulen 2019](#)

[Juvenes-Translatores-Website](#)



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsge such H2020 FTI Italien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Italienisches Ingenieurunternehmen sucht privates/kommunales Krankenhaus und Unternehmen zur Beurteilung eines Wirbelsäulenimplantates Ein italienisches Unternehmen erfahren in Technologiemanagement entwickelt einen FTI-Antrag (Einreichungsfrist 22.10.2019) zur Validierung eines innovativen Wirbelsäulenimplantates. Das Implantat ist wettbewerbsfähig, weil es minimalinvasiv in einer Tagesklinik eingesetzt werden kann sowie durch Radiologen und Schmerztherapeuten. Gesuchte Partner sind Unternehmen sowie Krankenhäuser zur Validierung des Implantats als auch zur Testung bei Patienten. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/3b3dbfe7-f513-4f62-81bb-e74b2db9bd97 Referenznummer: RDIT20190625001
Forschungsge such Eurostars Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Spanisches Unternehmen sucht Partner zur Entwicklung einer personalisierten krebstherapeutischen Behandlung Ein spanisches Biotechunternehmen bereitet einen Projektvorschlag für eine Ausschreibung des EU-Förderprogramms EUREKA Eurostars vor. Das Unternehmen ist



		<p>auf das Design und die Entwicklung von Lösungen auf Basis von in vivo Zebrafisch-Assays spezialisiert und sucht zwei verschiedene Partner für eine Forschungsk Kooperation:</p> <ul style="list-style-type: none">• ein Genomforschungsunternehmen für NGS-Dienste (Sequenzierung, Transkriptomik, Bioinformatik)• ein KMU (auf die Entwicklung von Antitumormedikamenten spezialisiert) <p>Die Partner sollen das Konsortium vervollständigen, das erforderlich ist, um dem Gesundheitsmarkt eine neuartige in vivo-Plattform für die Krebsbehandlung zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/a2e2bdfe-8ca1-4f94-aefc-3abeb2827704</p> <p>Referenznummer: RDES20190819002</p>
<p>Forschungsge such</p> <p>Horizon 2020</p> <p>Vereinigtes Königreich</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42</p>	<p>Partner zur Entkarbonisierung der Langstreckenschifffahrt gesucht</p> <p>Ein britisches Unternehmen und die Clean Ocean Foundation haben ein Konsortium gebildet, um sich für eine Ausschreibung des EU-Förderprogramms Horizon 2020 zu bewerben. Das Projekt zielt auf die Dekarbonisierung der Langstreckenschifffahrt ab, indem ein neues Solar- und Windkraftfahrzeug geplant, gebaut und eingesetzt werden soll. Gesucht wird eine Vielzahl von Partnern, darunter Schiffsbauer und Experten für Solarmodule, Windturbinen und Navigationssysteme sowie Schiffsbauer als Endverbraucher (Fähren, Fracht, Tanker oder Kreuzfahrt), um dem Konsortium im Rahmen einer Forschungsk Kooperation beizutreten. Sie sollen bei der Planung, dem Bau und der Erprobung eines neuen solarbetriebenen Schiffes zur Dekarbonisierung der Langstreckenschifffahrt mitwirken.</p>



		<p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/fa1c3b54-8ff2-486e-aad1-f530d9093f31</p> <p>Referenznummer: RDUK20190816001</p>
Technologiesuch Niederlande	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42</p>	<p>Niederländisches Boden- und Luftfrachtunternehmen sucht Automatisierungslösung</p> <p>Ein niederländisches Unternehmen, das sich auf Boden- und Luftfrachtdienste am Flughafen spezialisiert hat, sucht für seine Luftfrachteinheit nach einer Lösung für den noch immer manuellen Netz- und Schließprozess der Transportbehälter (Unit Load Devices). Um den körperlichen Arbeitsaufwand und die Arbeitszeit zu reduzieren, wird eine automatisierte technische Lösung gesucht, wobei das Unternehmen offen ist für alle innovativen Lösungen von High-Tech bis hin zu einfachen Denklösungen. Die Kooperation kann im Rahmen einer Dienstleistung, eines Vertrages über technische Zusammenarbeit oder einer anderen Form, die dem Zweck dieser Herausforderung entspricht, erfolgen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/0b0a400f-6b55-41e1-88f0-019af5de4bf9</p> <p>Referenznummer: TRNL20190808001</p>

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Neu in der LV - Heike Zembrod, Hospitantin

Im Rahmen der Qualifizierungsmaßnahme „Europa und Internationales“, organisiert durch die Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt, bin ich – Heike Zembrod – in den ersten zwei Septemberwochen als Hospitantin in der Landesvertretung zu Gast. Ziel ist eine neue Arbeitsumgebung kennenzulernen und direkt vor Ort die Arbeit der EU-Kommission und der Ausschüsse des Europäischen Parlaments zu verfolgen. Ich bin hier sehr freundlich und gut aufgenommen worden, die ersten Termine stehen schon im Kalender.

Und vor allem, bin ich das erste Mal mit „A1“ unterwegs. Bevor ich Deutschland verlassen habe, musste meine Sozialversicherungspflicht mit dem Formular A1 bescheinigt werden, dass ich in einem anderen Land keine Beiträge zu zahlen habe. Seit dem 01.01.2019 braucht es bereits für jedes Meeting (auch Dienstreisen) im EU-Ausland nach den gesetzlichen Rahmenbedingungen grundsätzlich eine A1-Bescheinigung. Die gesetzliche Grundlage ist die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in den Mitgliedsstaaten. Grundlage ist die Verordnung (EG) Nr. 883/ 2004 Artikel 11 bis 16 und Nr. 987/2009, Artikel 12. Alles hängt insgesamt mit der steigenden Arbeitsmobilität der Unionsbürger*innen zusammen, so dass die Koordinierung der sozialen Sicherheit eine steigende Bedeutung zukommt. Das bringt einige Unruhe in die Arbeits- und Geschäftswelt. Deswegen befasst sich die Arbeits- und Sozialministerkonferenz im Herbst 2019 und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in 2020 ggf. mit diesem Themengebiet. Was sich auch an meinem Arbeitsplatz im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration widerspiegelt. Hier befasse ich mich mit Grundsatzfragen Soziales in unterschiedlichen Ebenen wie Land, Bund und Europäische Union. So sind die 17 globalen UN-Nachhaltigkeitsziele nun auch mit Maßnahmen in Sachsen-Anhalt hinterlegt. Neben Maßnahmen für den Klimaschutz geht es vor allem um den sozialen Zusammenhalt, um in Sachsen-Anhalt eine gute Lebensqualität zu erhalten ([Nachhaltigkeitsstrategie Sachsen-Anhalt](#)). Zudem sind die UN-Nachhaltigkeitsziele Grundlage für die Neuausrichtung der EU-Politik bspw. in der Strukturfondsförderung. Sich hiermit auseinanderzusetzen ist für alle Fachbereiche wichtig, was sich auch im Brüsseler Geschehen zeigt.

Ich werde die einmalige Gelegenheit der Hospitanz hier in Brüssel nutzen, um neue Erfahrungen zu sammeln und diese dann in die tägliche Arbeit zurück in Sachsen-Anhalt einbringen.

[Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung Deutschland](#)





Neu in der LV - Jana Koch, Praktikantin

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
mein Name ist Jana Koch und ich werde in den kommenden 5,5 Monaten ein Praktikum hier in der Landesvertretung absolvieren.

Ursprünglich komme ich aus Freiburg im Breisgau, seit September 2016 studiere ich jedoch „Europäisches Verwaltungsmanagement“ an der Hochschule Harz in Halberstadt. Im Laufe meines Studiums habe ich bereits ein Semester an einer Partnerhochschule in Madrid verbracht und auch schon ein weiteres Praktikum mit Sachsen-Anhalt-Bezug, beim Mitglied des Europäischen Parlaments Sven Schulze, absolviert.

Während meines Praktikums bei der Landesvertretung erhoffe ich mir, meine bisherigen Kenntnisse über das politische Geschehen und die Prozesse in der Europäischen Union vertiefen zu können und eventuell Inspirationen für meine Bachelorarbeit zu finden, die ich nach Abschluss des Praktikums verfassen werde.

Ich freue mich bereits sehr auf die gemeinsame Arbeit mit dem gesamten Team und insbesondere mit meiner zuständigen Referentin Frau Dr. Schwarz.

Mit freundlichen Grüßen
Jana Koch

Neu in der LV - Sophia Neumann, Praktikantin

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
mein Name ist Sophia Neumann und ich werde in den kommenden sechs Monaten mein Praktikum in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel absolvieren.

Ich studiere Europäisches Verwaltungsmanagement an der Hochschule Harz in Halberstadt im 7. Semester und habe im letzten Jahr mein Auslandssemester in Maastricht absolviert. Nach Ende dieses Praktikums werde ich ein 13-wöchiges Bachelorpraktikum absolvieren. Ursprünglich komme ich aus einem kleinen Dorf in der Nähe von Bremen und habe 2016 nach Abschluss meines Abiturs mit meinem Bachelorstudium begonnen.

Mein Interesse an politischen Themen und Prozessen auf europäischer Ebene hat sich durch mein Studium und besonders durch meine Arbeit als Teamerin bei GoEurope in Sachsen-Anhalt verstärkt und ich erhoffe mir dieses durch mein Praktikum hier noch weiter intensivieren zu können.

Ich freue mich sehr auf die kommenden sechs Monate hier und die Zusammenarbeit mit dem gesamten Team.

Mit freundlichen Grüßen
Sophia Neumann



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Herzlich Willkommen zurück aus der Sommerpause auch von GOEUROPE! und dem EDIC Halle! Um das Urlaubsgefühl noch etwas festzuhalten, blicken wir in diesem Quiz auf eine ganz besondere Art des Reisens: Interrail.

Einfach in den Zug einsteigen, quer durch Europa fahren und dort aussteigen, wo es einen gerade hinzieht, dafür steht Interrail. Freiheit. Und mit diesem Konzept erfreut es sich nach wie vor großer Beliebtheit.



31

1. Im Jahr 1972 startete die Interrail-Gemeinschaft mit dem Angebot an alle unter 21-Jährigen, einen Monat lang mit dem Interrail-Pass unbegrenzt in insgesamt 21 europäischen Ländern die Züge nutzen zu können. Doch was war der Anlass für die Einführung des Tickets?

- A) 150. Geburtstag der ersten Eisenbahnstrecke der Welt in England
- B) 50. Geburtstag des Internationalen Eisenbahnverbundes
- C) 20. Geburtstag des Kooperationsabkommen der Europäischen Eisenbahnverbände

2. In welchem Jahr wurde der bisherige Höhepunkt an verkauften Interrail-Pässen erreicht?

- A) 1991
- B) 2005
- C) 2018



3. Die EU-Initiative #DiscoverEU hat sich zum Ziel gemacht, es möglichst vielen jungen Europäer*innen zu ermöglichen, Europa und seine Bewohner*innen mit dem Zug entdecken zu können. Dafür wurden seit Start der Initiative im Jahr 2018 über drei Bewerbungsrunden etwa 50 000 Interrail-Pässe an zu dem Zeitpunkt 18-Jährige ausgegeben. Die Tickets werden dabei basierend auf der Einwohnerzahl des Landes verteilt. Deutschland als Land mit den meisten Einwohner*innen bekommt also ein größeres Kontingent an Tickets als Luxemburg, unabhängig von der eigentlichen Bewerber*innenzahl.

Junge Menschen aus welchem EU-Land hatten in der ersten Bewerbungsrunde 2019 die größten Chancen auf eines der begehrten Tickets?

- A) Irland
- B) Dänemark
- C) Tschechien



Lösung:

1.B) Anlass für den Startschuss von Interrail war das 50-jährige Jubiläum der Gründung des Internationalen Eisenbahnverbundes, welcher am 17. Oktober 1922 in Paris gegründet wurde, ein Verband von heute um die 200 Eisenbahnunternehmen weltweit. Die Interrail-Pässe wurden im Kontext von aufkommendem Rucksacktourismus entwickelt, um jungen Menschen (damals noch beschränkt bis 21 Jahre) eine preisgünstige Möglichkeit zu bieten, in Europa herumzureisen. Damals galt der Pass bereits in 21 europäischen Ländern, heute sind es 33.

2. A) Seit dem Start von Interrail stiegen die verkauften Tickets kontinuierlich, bis im Jahr 1991 mit etwa 400 000 Tickets der Höhepunkt erreicht war. Mit Ausbruch des Jugoslawienkriegs und der Liberalisierung des Flugmarkts 1993 durch die EU, wodurch es deutlich günstiger wurde, zu fliegen, brach der Verkauf ein. 2005 wurden gerade einmal noch 100 000 Interrail-Pässe verkauft. Doch seit einiger Zeit steigen die Zahlen wieder, was mit dem zunehmenden Klimabewusstsein zu tun haben könnte und auch Initiativen wie DiscoverEU, sodass heute wieder etwa 300 000 Pässe pro Jahr verkauft werden. Übrigens sind heute 11 % der Interrailer*innen im Rentenalter, und ein weiteres Viertel über 26 Jahre alt.

3. B) In der ersten Bewerbungsrunde hatten Bewerber*innen aus Dänemark die größten Chancen auf ein Ticket, hier erhielten 62,9 % der Bewerber*innen ein Ticket, da sich auf das Kontingent von 227 Tickets gerade einmal 336 junge Menschen beworben. Auch in Tschechien waren die Chancen groß: 58,1 % erhielten ein Ticket. Deutschland lag im Mittelfeld (37,3 %), während in Irland gerade einmal 7 % der Bewerber*innen ein Ticket erhielten.

Unter folgendem Link finden Sie ein Factsheet der Europäischen Kommission mit weiteren Infos und Reiseerlebnissen mit DiscoverEU:

https://europa.eu/youth/sites/default/files/discovereu_factsheet.pdf

Auch aus Sachsen-Anhalt sind gerade junge Menschen in ganz Europa mit einem Interrail-Ticket unterwegs, und zwar im Rahmen des Projekts Youmobil. Insgesamt acht Regionen aus acht verschiedenen Ländern beteiligen sich an dem Projekt, unter anderem das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt. Ziel ist die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in ländlichen Regionen. Dafür sammeln junge Menschen Ideen und reisen mit Interrail-Tickets durch Europa, unter anderem in die Partnerregionen.

Mit dabei ist Bennet, 18 Jahre, aus Zerbst, der jedes Wochenende auf mdr.de über seine Erlebnisse berichtet. Hier finden Sie den ersten Teil: <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/landespolitik/reisetagebuch-bennet-interrail-erste-etappe-100.html> Partner des Projekts ist unter anderem GOEUROPE!.

Fragen zu Interrail und anderen Möglichkeiten, ins Ausland zu gehen, beantworten wir gerne: info@goeurope-lsa.de



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Heike Zembrod (HZ)	Hospitantin	...38	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.



SACHSEN-ANHALT
VERTEILUNG

